

BUCHBESPRECHUNGEN

Ian Gorvin (ed.)

Elections since 1945: A Worldwide Reference Compendium

Longman, Harlow, 1989, 420 pp., £ 92.00

Dieses Handbuch bietet einen vergleichsweise vollständigen Überblick über Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg. Alle seinerzeit (Stand Ende 1988) 173 Staaten der Welt finden Berücksichtigung. Ein Kapitel über das Europäische Parlament findet sich im Anhang.

Leider wurden Wahlen in Staaten der Dritten Welt erst vom Zeitpunkt der völkerrechtlichen Unabhängigkeit gerechnet berücksichtigt. Das ist besonders bedauerlich in bezug auf Afrika, wo interessante kompetitive Wahlen - wenn überhaupt - meistens kurz vor der Unabhängigkeit abgehalten wurden.

Die Länderbeiträge geben Auskunft über das Wahlsystem, Wahlrecht und über die wichtigsten politischen Parteien. Dem folgt eine sehr nützliche Zusammenfassung über die politische Entwicklung des Staates. Hier erhält der Leser auch Auskunft über Wahlboykotte, Ausschluß wichtiger politischer Parteien oder Gruppen von der Abstimmung und Manipulationen. Diese Informationen sind unverzichtbar, um die Bedeutung der Wahlen korrekt einschätzen zu können. Wahlen in Einparteiensystemen werden ebenfalls in diesem Abschnitt abgehandelt, was der Übersichtlichkeit nicht gerade förderlich ist.

Die Resultate der Wahlen in einem Mehrparteiensystem bilden den Schlußteil der jeweiligen Länderbeiträge. Übersichtliche Tabellen und/oder Graphiken mit Angaben des prozentualen Ergebnisses und der Sitzverteilung finden sich oft nur für die gut dokumentierten westlichen Demokratien.

Wer Informationen zu Wahlen in der Dritten Welt sucht, wird oft unzureichend informiert. Für einige Länder wird nur die Sitzverteilung genannt, bei Indien findet sich dafür nur das prozentuale Ergebnis. Oft lassen sich aber nur Aussagen treffen, wenn sowohl die Sitzverteilung als auch der Prozentanteil vorliegen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Parlamentswahl in Grenada von 1984. Dort konnte eine Partei mit 58,6 % der Stimmen 14 von 15 Sitzen erobern, während die Oppositionspartei mit immerhin fast 36 % der Stimmen nur einen einzigen Sitz erlangen konnte. Diese Verzerrungen sind eine Folge des Mehrheitswahlrechts.

Wer Kolumbien nachschlägt, muß sich mit der lapidaren Auskunft "the Liberals secured an absolute majority in both houses of Congress" (S. 66) zufriedengeben. Die mexikanischen Parlamentswahlen von 1985, an denen sich neben der regierenden "Partido Revolucionario Institucional" noch acht weitere Parteien erfolgreich beteiligten, finden z.B. gar keine Berücksichtigung. Auch wenn es sich im Falle Mexicos um ein de facto-Ein-

parteiensystem handelt, hätten die Parlamentswahlen berücksichtigt werden sollen, da auch andere politische Parteien regelmäßig Mandate gewonnen haben.

Die philippinischen Parlamentswahlen (1987) nach dem Sturz von Ferdinand Marcos brachten "a significant majority for the pro-Aquino parties" (S. 275). Nähere Angaben sucht der Leser vergeblich.

Ein weiteres Manko dieses Handbuches besteht darin, daß es für komparative Studien wegen der unterschiedlichen Darstellungsweise (nur Sitzverteilung oder nur Prozentangaben) kaum zu nutzen ist. Angaben zur Wahlbeteiligung finden sich - wenn überhaupt - im Text versteckt.

Wer einen schnellen und guten Überblick über Wahlen in einem beliebigen Land sucht und sich dabei nicht auf die westlichen Demokratien beschränken will, wird enttäuscht. Trotz aller Kritik muß festgestellt werden, daß für ein Wahlhandbuch wie dieses Bedarf besteht. Die verbesserungsfähigen Punkte könnten in einer neuen, aktualisierten Auflage ohne große Mühen korrigiert und ergänzt werden.

Heiko Meinhardt

Carsten Herrmann-Pillath

Institutioneller Wandel, Macht und Inflation in China. Ordnungstheoretische Analysen zur Politischen Ökonomie eines Transformationsprozesses

Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Band 21

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1991, 734 Seiten, DM 80,-

The People's Republic of China (PRC), the world's most populous state, a permanent member of the United Nations Security Council and a nuclear power has, since the demise of Mao Tse-tung and his "Gang of Four", vigorously sought to re-enter international politics and commerce in a renewed bid to achieve domestic prosperity and to restore the Chinese nation's (Chung-hua min-tsu) global standing which had so painfully suffered during the past 150 years. Having re-emerged as a significant actor on the international stage, the Peking government has gone to considerable lengths to claim, e.g. reintegration into frameworks of international trade, such as the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) or the future World Trade Organisation (WTO), but has met with a cautious response from some who remain apprehensive of certain specificities of the Chinese bodies politics and economic seen as a possible liability in PRC in participation in arrangements requiring effective domestic implementation of international